REHABILITIERUNGEN FÜR HUNDERTTAUSENDE: STILLES VERDIKT ÜBER MAOS GROSSE KAMPAGNEN

Helmut Martin

Sowohl durch eine Art Generalamnestie als auch durch das gewissenhafte Aufrollen von Hunderttausenden von Fällen, in denen Parteimitglieder und Nichtparteimitglieder Opfer früherer Massenkampagnen geworden waren, hat die neue Führung die Umorientierung Chinas der letzten Jahre einem neuen Höhepunkt zugeführt. Das Thema und diese Maßnahmen der Wiedergutmachung erscheinen so brisant, daß z.B. die Umwertung der bereits 21 Jahre zurückliegenden 'Kampagne gegen die Rechten', (d.h. die Kader, Intellektuellen und Studenten, die sich in der zur Kritik auffordernden 'Hundert-Blumen-Bewegung' zu weit vorgewagt hatten) von den chinesischen Medien nur indirekt gemeldet wurde. Mehrere ausländische Nachrichtenagenturen veröffentlichten Berichte aus "gut unterrichteten Kreisen in Peking". Die vollständige Bestätigung dieser Berichte ist der Wiederabdruck solcher ausländischen Nachrichten in pekingorientierten Medien wie der linken Hongkonger Ta-Kung-Pao (1).

Über hunderttausend Rehabilitierungen der Kampagne gegen die Rechten nach den 'Hundert Blumen' des Jahres 1957

Im März 1978 übermittelte das ZK der Partei die Weisung an lokale Parteiorganisationen, sie hätten die 'Rechtsabweichler' in allen Fällen neu zu überprüfen und diejenigen zu rehabilitieren, die ihren Standpunkt korrigiert hätten. Nach den von Peking indirekt bestätigten Berichten waren in der Antirechtskampagne, die im Juni 1957 begann, etwa 400 000 Personen gesäubert worden, darunter frühere Grundherren, Intellektuelle, Studenten und Führer der demokratischen politischen Organisationen. 16 000 davon wurden 1960 nach Selbstkritik bereits rehabilitiert, andere Rehabilitierungen folgten 1961 und 1962. 130 000 waren noch Ende 1977 als Rechtsabweichler inkriminiert.

Prominente Kader wie Chang Po-chun, der Chef der Chinesischen Demokratischen Bauern- und Arbeiterpartei, sowie Lo Lung-chi, der stellvertretende Chef des Demokratischen Bundes Chinas, (beide geisterten im gängigen Parteichinesisch als die schwarzen Feinde der "Chang-Lo-Allianz" seit Jahren durch die Parteigeschichte), sind zusammen mit anderen Kadern, die seinerzeit zu einer Gruppe zusammengefaßt wurden, entlastet und rehabilitiert worden. Die Rehabilitierungen erstrecken sich aber zusätzlich auch auf spätere Kampagnen. So heißt es, daß auch der Bürgermeister Pekings, das frühere Politbüromitglied Peng Chen, der ein prominentes Opfer der Kulturrevolution war, im Zusammenhang mit diesen Ereignissen rehabilitiert worden sei. Die Peking-nahe Presse druckt zur Zurückhaltung mahnend vor allem die Feststellung ab, daß dieser Rehabilitierungsbeschluß des ZK der Partei nicht eine Negation des vom Vorsitzenden Mao geführten Kampfes gegen die Rechten bedeute, es handele sich eher um eine 'Generalamnestie' für Dinge, die bereits 20 Jahre zurücklägen. Man wolle eine neue Einheit zum Aufbau des Landes heute erreichen. Angesichts

Fortsetzung der Übersichten von S. 325:

Erdgas in Taiwan betrug im Jahre 1977 253.928 kl beziehungsweise 1.886.162.000 m3). Mit diesem Ergebnis macht sich die CPC (Chinese Petroleum Corporation) wieder Hoffnungen, daß es unter der Insel reiche Erdölvorkommen geben könnte. Der Umfang des Vorkommens im Bereich der Quelle "West-Taiwan I" läßt sich erst nach 3-5 weiteren Bohrungen feststellen. (CJ, 28.-29.4.78)

(62) 4 572 Schulen und Hochschulen

Nach den Statistiken des Ministeriums für Bildung und Erziehung gab es 1976 in Taiwan 4 572 Schulen aller Ebenen, einschließlich Hochschulen und Universitäten; im Jahre 1950 nur 1 504. In diesen 26 Jahren ist die Zahl der Volksschulen (einschließlich Mittelschulen) um 93%, die der Gymnasien um das 14,52 fache und die der Hochschulen von 7 auf 101 gestiegen. Jedoch ist die durchschnittliche Klassenfrequenz nur wenig, nämlich von 51,75 auf 47,03, gesunken. Nach derselben Quelle nahm in den letzten zwei Jahren die Zahl der Studenten, die nach dem Studium in Taiwan zur weiteren Ausbildung ins Ausland ging, allmählich ab. 1976 beantragten 3 755 Personen beim Ministerium die Erlaubnis zum weiteren Studium im Ausland, im letzten Jahr 3 588. (FCW, 23.4.78)

des Ausmaßes dieser Rehabilitierungen, die noch dadurch potentiert werden, daß der Rahmen durch die Angehörigen der jeweils Betroffenen erweitert wird, die ebenfalls in der Vergangenheit keine Chance zum sozialen Aufstieg oder zu entsprechender Beschäftigung hatten, ist solche amtliche Vorsicht verständlich. Noch im April 1977 war der V. Band der Mao-Werke veröffentlicht worden, dessen zweiter Teil intensiv diese Kampagne gegen die Rechten aus der Perspektive Maos zur Darstellung hat und damit abstützt. Eine krassere Abkehrung vom Konzept der Massenkampagnen und ein deutlicheres Infragestellen der Rechtlichkeit vieler Grundsatzentscheidungen der Partei, die Mao damals entscheidend beeinflußte, läßt sich kaum denken.

Die Rehabilitierungskampagne auf der zentralen Ebene

Wenn allein für die zwei Jahrzehnte zurückliegende Kampagne gegen die Rechten sich die Rehabilitierung auf über hunderttausend Personen erstreckt, so muß man zu dem Schluß kommen, daß insgesamt gesehen heute in China Hunderttausende von der Rehabilitierungswelle erfaßt werden. An erster Stelle ist da neben den Hundert-Blumen-Opfern das Kader- und Aktivistenkontingent zu nennen, das während der Zeit maßgeblichen Einflusses der linken Shanghai-Fraktion aus den Ämtern entfernt worden war; diesem Personenkreis muß eine annähernd gleiche Zahl von Personen gegenüberstehen, die auf den Sieg der Linken gesetzt hatten und nun dafür in die Wüste geschickt werden. Ein weiterer riesiger Kreis von Rehabilitierungen betrifft Kader, die in der Kulturrevolution bis etwa 1970 untergegangen waren, obwohl die vorgenannte Gruppe mit der hier angeführten ineinander übergeht, da die Führung der Volksrepublik nun die gesamte Entwicklung des letzten Jahrzehnts in der Betrachtung zusammenfaßt ("Lin Piao und die Viererbande"). Man wird abwarten müssen, ob die Rehabilitierungen nach einer Schamfrist von wenigen Jahren auch den engeren Kreis der Oppositionellen gegen die überstürzte Einführung der Kommunen (Verteidigungsminister Peng Te-huai u.a.) in und nach dem Großen Sprung erfassen werden. Schließlich ist der Große Sprung selbst als Entwicklungsstrategie durch die Politik der neuen Führung bereits implizite als Fehlentwicklung charakterisiert. Der folgende Bericht kann nur einige Rehabilitierungsfälle von besonderer Publizität und Bedeutung herausgreifen. Exemplarisch ist zunächst die zentrale Ebene am Beispiel des Kulturministeriums und des Siebten Maschinenministeriums zu behandeln.

REHABILITIERUNGEN IM KULTURMINISTERIUM Vor aller Öffentlichkeit wurden die Säuberungsmaßnahmen ausgebreitet, die in diesem Ministerium innerhalb der zurückliegenden Monate (2) durchgeführt worden waren. Die großen Zeitungen meldeten zu dieser Säuberungsaktion, seit dem Dezember 1977 habe sich im Kulturministerium eine Parteigruppe gebildet, deren Aufgabe die "Überprüfungsarbeit" (ch'ing-ch'a yun-tung) gewesen sei. Das Kulturministerium hatte seit der Leitung durch Minister Yü Huiyung am weitgehendsten unter der Kontrolle der Shanghai-Gruppe gestanden. Die seinerzeitige "Machtergreifung" der Linken in diesem Ministerium war von einer ebensolchen Säuberungskampagne begleitet, deren Folgen jetzt ungeschehen gemacht

werden sollen. Unliebsame Kader wurden seinerzeit als Verräter, Spitzel und Konterrevolutionäre zur "Arbeit unter Bewachung", d.h. zu Arbeitslagern verurteilt, aus der Partei ausgeschlossen, in "Privatgefängnissen" gehalten, bei Verhören gefoltert und geschlagen, ja sogar in den Tod getrieben. Nach offiziellen Angaben hat es sich bei diesen nun zu rehabilitierenden Fällen um über 1 000 Personen gehandelt. Über das dem Ministerium weisungsunterstellte "Chinesische Tanzensemble" heißt es z.B., 79 Personen seien ungesetzlichen Untersuchungen und Kampfveranstaltungen ausgesetzt worden; ältere Kader habe man ins Gefängnis geworfen, bekannte Schauspieler von der Bühne gezwungen und bei 93 Genossen sei "schwarzes Material" in ihre Akte hineingebracht worden, so daß 179 Personen dieses Ensembles ins Räderwerk der Linksattacke gerieten. Nach 4 Monaten der Überprüfungsbewegung und einer Kampfversammlung im März 1977 vor 7 000 Personen gegen den früheren Minister wurden alle Führungsgremien reorganisiert. Alle Fälle anstehender Rehabilitierungen (p'ing-fan) wurden einzeln aufgegriffen und im April in einer nochmaligen Kampfversammlung gegen den Minister und seine Anhänger vor 10 000 Personen abgeschlossen. Auf dieser Versammlung wurden die prominentesten Persönlichkeiten, die unter der vorherigen Entwicklung zu leiden gehabt hatten, offiziell und feierlich von allen Anschuldigungen freigesprochen. Für die Künstler, denen ihre Tätigkeit verwehrt wurde, wurden neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, meist dadurch, daß sie an ihre ursprünglichen Arbeitsplätze zurückkehrten. Rehabilitierung bezieht sich auch auf zu Tode Gekommene. Eklatantestes Beispiel ist die offizielle Urnenbeisetzung am 3.6.78 für den Schriftsteller Lao She, der im Protest gegen die Übergriffe der Roten Garden während der Kulturrevolution im August 1966 den Tod gesucht hatte. An der Trauerfeier von 700 Personen nahm symbolträchtig der stellvertretende Ministerpräsident Teng Hsiao-p'ing teil, der selbst zweifach rehabilitierte Garant der gesamten Wiedergutmachungswelle. Die Trauerrede hielt der Schriftsteller Mao Tun, ebenfalls seinerzeit ein Opfer der Kulturrevolution (3). In etwas geringerem Ausmaße wird auch in Zukunft noch der Aktenkrieg um problematische Fälle, die während der Rehabilitierungen auftauchten, fortgesetzt.

DAS SIEBTE MASCHINENBAUMINISTERIUM

Eine ähnliche Entwicklung gab es im Siebten Maschinenbauministerium und, so kann man hinzufügen, in größerem und kleinerem Ausmaße in allen Ämtern und Einheiten der zentralen Ebene. Nach alter Kampagnentechnik entsandte das Zentralkomitee eine "Arbeitsgruppe" (so begann seinerzeit Kulturrevolution) die Maschinenbauministerium, um die Untersuchungsarbeiten durchzuführen und um all "die Fälle richtigzustellen, die sich während der vergangenen 10 Jahre angesammelt hatten" (4). Die Akten von 93% der Kader des Ministeriums wurden überprüft; schließlich hatten die Linken in diesem Ministerium in 80% der Behörden des Ministeriums die Führung übernommen. Die Argumentationshilfe in den Medien zu diesen Vorfällen entsprach der vorher geschilderten. "Falsche Urteile" wurden revidiert und entfernte Kader wieder in ihre Ämter eingesetzt. Gleichzeitig wandte man sich besonders einer Gruppe von Kadern zu, die seit '76, weil zunächst nicht unmittelbar zur Rechenschaft

gezogen, Rückzugsgefechte führte, um die eigenen Aktivitäten während der schwierigen Jahre zu vernebeln. Diese Kräfte hätten sich gewehrt, ihre Niederlage zuzugeben, sie verurteilten insgeheim heute die neue Politik als Unruhestiftung, als "rechte Revisionstendenz" und "Machtergreifung". Bezeichnend erscheine auch ihr Verhalten bei der Durchführung der beschlossenen neuen Maßnahmen nach 1976. Unter dem Vorwand der verlangten ersten Überprüfungen habe man Einsicht in die Akten genommen, sich mit der Situation vertraut gemacht und explosive zum Verschwinden Dossiers abgeändert oder gebracht, um damit Beweise der eigenen "Verbrechen" zu zerstören. Mehrere Hundert Kader, die 1976 noch vor der Oktoberwende schlagartig befördert worden waren, wurden in ihre ursprünglichen Einheiten zurückversetzt. Säuberungsmaßnahmen aus dem Jahre 1973 unter 90 prominenten Kadern wurden rückgängig gemacht. Weiter wurden Gruppen rehabilitiert, die die Linken als "Club der alten Männer", "Club der Fußbodenreiniger" oder "Club für kapitalistische Restauration" apostrophiert hatten. 80% der alten Kader waren schließlich von der Säuberungsmaschinerie der Linken erfaßt worden. Ein Abteilungsdirektor des 10. Forschungsinstituts sei ebenso erschlagen worden wie eine stellvertretende Direktoanderen Forschungsinstituts eines Ministeriums, die zur Erpressung eines Geständnisses so gründlich gefoltert worden war, daß sie an den Folgen verstarb. Auch diese Vorfälle reichen bis zur Kulturrevolution zurück, weil damals das Ministerium berüchtigt für besonders große revolutionäre Aktivität gewesen war. Der heutige Kehraus betrifft also die radikalen Aktivisten der Kulturrevolution ebenso wie die Protestler der ersten Hälfte der siebziger Jahre, die das "gegen den Strom schwimmen" auf ihr Panier geschrieben hatten.

Rehabilitierungen auf der lokalen Ebene

Auch in diesem Bereich wären aus der Presse von Rehabilitierungen zu vermelden. Stellvertretend sei auf die Ereignisse in der Provinz Anhui eingegangen. Säuberungen wurden z.B. im Metallurgischen Büro und im Petrochemischen Büro der Provinz durchgeführt, wobei die Hauptverantwortlichen für Angriffe auf Kader der alten Generation teils aus der Partei ausgeschlossen wurden, in Untersuchungshaft gerieten, teilweise jedoch auch nach entsprechender Selbstkritik und disziplinarischen Rückstufungen mit einem blauen Auge davonkamen. Die früheren Opfer wurden nach dem Muster der zentralen Ebene rehabilitiert. Ähnliche Maßnahmen wurden im regionalen Parteikomitee der Inneren Mongolei durchgeführt, Rehabilitierungen wurden auch vor 200 000 Parteimitgliedern und Kadern auf einer Massenveranstaltung in Shanghais Stadion (5) ausgesprochen, um nur zwei weitere Maßnahmen aus den letzten Maitagen anzuführen.

Rehabilitierungen an Universitäten und Hochschulen

INSTITUTE DER AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

Hier seien zwei Beispiele, über die die Presse im Mai berichtete, aufgeführt. Im Changchun-Institut für Optik und Präzisionsinstrumente unter der Chinesischen Akademie der Wissenschaften (6) wurden die "Geheimagenten", das gesamte wissenschaftliche und technologische Personal, rehabilitiert, das verfolgt und teilweise physisch malträtiert worden war, was die Forschungstätigkeit nahezu zum Erliegen gebracht hatte. 166 Personen waren als solche "Geheimagenten" verhaftet und zur Untersuchung an unbekannte Orte verschleppt worden. Diese Vorfälle betreffen die Kulturrevolution. In den zurückliegenden Jahren wurden weitere 100 Personen verfolgt.

Im Changchun-Institut für Angewandte Chemie der Chinesischen Akademie der Wissenschaften wurden 111 Personen, die nun alle insgesamt die Rehabilitierung erfuhren, von den Ereignissen erfaßt. Alle Anschuldigungen wurden nun auch offiziell als gefälscht bezeichnet. Auf einer Versammlung von 5000 Personen des Instituts und anderer Wissenschaftler der Stadt Changchun sowie Angehörigen der Opfer wurde die Revision der Urteile durchgeführt, die der fälschlich Angeklagten politisch rehabilitiert und so, wie es etwas vorschnell hieß, "neun Jahre des Kummers wiedergutgemacht". Die Anschuldigungen, unter denen der Personenkreis der Rehabilitierten seinerzeit stand, werden in der Presse genauestens wiedergegeben, man erhält unfreiwillig Einsichten in die Verhältnisse während der Kulturrevolution und der folgenden Periode des Machtkampfes zwischen den Fraktionen. Das Institut, so die damaligen Anschuldigungen, sei ein Platz, der Feudalismus, Kapitalismus und Revisionismus ausbrüte. Intellektuelle seien Schweine, Hunde, Teufel und Leute mit schwarzen Herzen und verrotteten Eingeweiden. Sie seien so hart zu schlagen, daß ihre Seelen den Körper verließen. Im Institut habe es vier Linien von Geheimagenten und sechs Schichten von Klassenfeinden gegeben (in dem erstgenannten Institut hat es sich bei den 166 Festgehaltenen um die führenden Wissenschaftler und Techniker des Instituts gehandelt). Üble Folter sei zur Erhaltung von Geständnissen eingesetzt worden. Wo Beweise fehlten, wurden die Mitgliederkarten der Gesellschaft für Wissenschaft und Technik flugs zum Ausweis von Geheimagenten, normale Radios zu Funkstationen der Information für Geheimagenten, Bankeinlagen zu Fonds für Geheimtätigkeit sowie normale Kameras zum Agenteninstrumentarium. Die Beherrschung einer ausländischen Sprache oder ein Besuch im Ausland in der Vergangenheit sei Beweis dafür genug gewesen, ein Geheimagent des betreffenden Landes gewesen zu sein. Ergebnis: Eine Reihe von Leuten wurde zu Tode geprügelt, andere begingen Selbstmord. Schwarze Listen beeinflußten das Schicksal von Freunden und Angehörigen dieser Personen noch Jahre nach diesen Zwischenfällen.

DIE NORDOSTCHINA - HOCHSCHULE FÜR BAUWESEN

An dieser Hochschule wurde ebenfalls ein "Volkskrieg" gegen die Usurpatoren der letzten Jahre geführt, verbunden mit der Durchsicht von Personalakten und der sich anschließenden Rehabilitierung von Lehrern, Angestellten und Kadern (7). Von den über 1100 Hochschullehrern dieser Institution, die seit der Gründung über 25 000 Architekten und Ingenieure ausgebildet hatte, waren nahezu 400 Personen in Verfahren verwickelt, über 240 seien einer ungerechtlichen 'Diktatur' unterworfen und viele von ihnen zu "Verrätern, Spitzeln, Konterrevolutionären, reaktionären Autoritäten abgestempelt bzw. teilweise in den Tod getrieben" worden. Das Parteikomitee der

Hochschule überprüfte sorgfältig jede einzelne Akte. Alle nicht auf Tatsachen beruhenden Anschuldigungen wurden getilgt, falsche Materialien aus den Akten entfernt. "Ideologische Arbeit" wurde, so heißt es, gegenüber den Familienangehörigen der Geschädigten und gegenüber denjenigen Aktivisten, die für solche Vorfälle die Verantwortung trugen, betrieben. In den Presseberichten heißt es angesichts solch durchgreifender Maßnahmen, unter einigen Kadern, die mit der Untersuchungsaufgabe betraut seien, komme Furcht auf, erneut (1977 und 1978) Fehler der Rechtsabweichung zu begehen.

Rehabilitierung von zurückgekehrten Überseechinesen

Die Rehabilitierungen betreffen auch den Personenkreis der sogenannten zurückgekehrten Überseechinesen, d.h. Chinesen, die zeitweilig oder seit ihrer Jugend im Ausland gelebt hatten und sich dann für die Rückkehr in die Volksrepublik entschieden. wurde in der Kulturrevolution und den Folgejahren übel mitgespielt. Die Rehabilitierungen betreffen vor allem die Provinz Kuangtung (8). So wurde im Kreis Taishan der Provinz ein anscheinend sehr vermögender Überseechinese einer Kommune rehabilitiert, der 1970 bei einer lokalen Kampagne gegen ausländische Dinge unter die Räder gekommen war. Der Betroffene lebte früher im Ausland, war erfolgreicher Geschäftsmann Hongkongs nach 1945 und setzte sich nach Gründung der Volksrepublik für den Aufbau lokaler Industrie an seinem Heimatort ein. Ihm war seinerzeit sein Haus und all sein Eigentum beschlagnahmt worden mit der Begründung, er sei "Agent und Klassenfeind". Verwandte dieses Geschäftsmannes wurden als Konterrevolutionäre bezeichnet und drei Jahre in Arbeitslager geschickt. Dieser Fall einer Rehabilitierung wurde weithin in der Provinz über die Medien bekanntgemacht und als Modellfall behandelt. Bei der Rehabilitierung des früheren Geschäftsmannes hieß es, er hätte viel Geld für seinen Heimatort gestiftet, um die lokale Industrie aufzubauen und die Kollektivproduktion zu fördern. Ein solcher Einsatz sei ein Zeichen von Vaterlandsliebe und Heimatliebe, keineswegs das Kennzeichen von "Klassenfeinden im Gewande von Überseechinesen", von "Despoten und Verrätern".

Kompromittierte Ämter für Öffentliche Sicherheit und lokale Justizbehörden

In einer besonders schwierigen Situation befinden sich angesichts dieser Entwicklung die Angehörigen des Geheimdienstes und der Sicherheitsbehörden, d.h. der Polizei. Es ist zumindest in den ernsteren Fällen eine ähnliche psychologische Situation entstanden, wie sie Solschenizyn in seinem Roman Krebsstation gezeichnet hat; der sowjetische Autor beschreibt die innere Spannung, der sich Stalins bürokratische Schergen plötzlich nach der Entstalinisierung unter Chruschtschew ausgesetzt sahen, wenn sie sich plötzlich mit den von ihnen einst abgeurteilten und jetzt rehabilitierten Opfern konfrontiert sahen. Die chinesische Presse rollt dieses heikle Problem vorsichtig anhand eines Falles auf, in dem sich ein einzelner Sicherheitsbeamter (kung-an jen-yüan) bereitwillig ausgesprochenen Todesurteilen und Zuchthausstrafen seiner Kollegen widersetzt hatte (9). Es handelt sich um einen Mordfall vom Februar 1970 an einem Arbeiter eines Nahrungsmittelbetriebes in der Inneren Mongolei. Nach längeren Untersuchungen wurden 4 Personen aus diesem Betrieb, darunter der Betriebsleiter, des Mordes an dem in einen Brunnen Geworfenen für schuldig erklärt, drei Personen zum Tode verurteilt und eine zehnjährige Zuchthausstrafe verhängt. Ein Angehöriger des lokalen Amtes für Öffentliche Sicherheit widersetzte sich daraufhin Vollstreckung der Strafe mit allen Mitteln, obwohl er mit seinen Eingaben an höheren Stellen Kopf und Kragen riskierte. 1977/78 wurde dann der Fall neu aufgerollt und sämtliche Beschuldigten für unschuldig erklärt, freigelassen und rehabilitiert. Im Kommentar der Volkszeitung dazu wird verallgemeinernd zugegeben, daß in den letzten Jahren ("unter dem Einfluß von Lin Piao und der Viererbande") das sozialistische Rechtssystem zerschlagen worden sei, daß man gegenüber revolutionären Kadern und den Massen Maßnahmen einer faschistischen Diktatur ergriffen habe, und daß die von der Verfassung garantierten Bürgerrechte verletzt worden seien. Die Volkssicherheitsbehörden und Gerichtsorgane seien sabotiert worden und deshalb habe es schließlich "Pseudo-Fälle

und Justizirrtümer" gegeben.

Die Präsentation gerade dieses Falles in den Medien deutet damit auf folgendes hin: Einmal haben die lokalen Sicherheitsbehörden und die Gerichtsbehörden der Inneren Mongolei Fehlurteile verhängt und "beinahe" Justizmorde begangen, weil sie vorschnell entschieden, es handele sich um einen "politischen Mord". Zum anderen wird indirekt zugegeben, daß es Hunderte und Tausende ähnlicher Fälle in der Vergangenheit gegeben hat, die wohl meistens nicht so glimpflich ausgegangen sind. Diese Entwicklung wird auf Sabotage und eine Unterminierung der "Sicherheitsbehörden und Gerichtsbehörden, die die Bürgerrechte nicht mehr garantierten" und denen es an "Moral" (p'in-te) fehlte, zurückgeführt. In dem Modellfall nun gibt es aber glücklicherweise den guten Sicherheitsbeamten, der die falsche Verurteilung verhindert hat, was die Zeitung zu dem entlastenden Kommentar veranlaßte, daß dennoch die meisten Kader der Sicherheitsbehörden "gut oder ziemlich gut" seien. Wie sehr es hier im weiteren Sinne vor allem um die harten Fälle früheren Unrechts geht, deutet auch die Volkszeitung mit einem bekannten drastischen, einem Ausspruch des Kaisers Taitsu der Tang-Dynastie nachempfundenen Mao-Zitat an, wonach man bei Entscheidungen über Hinrichtungen äußerste Vorsicht walten lassen solle, weil schließlich Köpfe nicht wie Schnittlauch wieder nachwüchsen. Eine besondere Brisanz hat der Bericht im übrigen insofern, als Chinas Parteivorsitzender Hua Kuo-feng schließlich in den letzten Jahren Sicherheitsminister war und somit als direkter Vorgesetzter der Ämter für Öffentliche Sicherheit moralische Mitverantwortung für alles Geschehene trägt. Kernfragen müssen deshalb im Dunklen bleiben: Ebenso wie in dem Zeitungsbericht die Aufklärung des angeführten Falles nicht enthalten ist, fehlt ein Hinweis darauf, wie weit nun all die Sicherheitskader und Richter zur Rechenschaft zu ziehen seien, die den hier gerade noch vermiedenen Fehler tatsächlich begangen haben.

Gegenschlag nach den Rehabilitierungen gegen prominente Rote-Garden-Führer und andere Unruhestifter

Neben den kompromittierten Sicherheitsbehörden ist die Situation für eine kleine Gruppe von Verursachern

des Unrechts, das erst jetzt zu den geschilderten Rehabilitierungen geführt hat, gefährlich geworden. Vor allem prominente Rote-Garden-Führer und andere Unruhestifter, die direkt verantwortlich oder beteiligt waren (die ehemals glänzenden Vorbilder der Kulturrevolution, Maos umhegte "revolutionäre Nachfolger"), bekommen nun ihre Quittung. Im April 1978 wurden 12 ehemalige prominente Führer der Roten Garden verhaftet, darunter K'uai Ta-fu von der Tsinghua-Universität, Nieh Yüan-tzu von der Peking-Universität und die ehemalige radikale Führerin des Lehrer-Seminars von Peking, T'an Hou-lan. Diese Verhaftungen erfolgten nach einer langgestreckten Kritikkampagne. Die drei berühmtesten Rote-Garden-Führer, die zu Beginn der Kulturrevolution sogar höchsten Partei- und Regierungsfunktionären übel mitspielten, waren einst Mitglieder des neuen Pekinger Revolutionskomitees unter dem Vorsitz von Wu Te (Wu Te, noch heute "Bürgermeister" von Peking und Mitglied des Politbüros, war in der letzten Zeit in Wandzeitungen der Hauptstadt öffentlich kritisiert worden, nachdem er innerparteilich für seine "Fehler" bei den Unruhen am Tien-an-men-Platz bereits Selbstkritik geübt hatte. K'uai war einer der "Fünf Kleinen Generale", T'an und Nieh hießen damals die "Weiblichen Generale". Nieh war sogar seit April 67 stellvertretender Vorsitzender des Pekinger Stadtrevolutionskomitees und seit April 69 Kandidat im IX. ZK. Es ist ein berühmtes Gespräch Mao Tsetungs mit diesen Roten Garden während ihren besten Tage 1968 erhalten, in dem der Parteichef sie zu bewegen sucht, den "bewaffneten Kampf" untereinander einzustellen(10). Die berüchtigten Roten-Garden-Führer wurden nun im April 78 unter Anklage gestellt, weil sie "Professoren gemartert hätten"; zeitlich fielen diese Verhaftungen genau mit der Eröffnung der Nationalen Konferenz über Erziehungswesen zusammen, die von Teng Hsiao-p'ing eröffnet worden war (11) und ebenfalls vergangenes Unrecht wiedergutzumachen sowie dem geschmähten Stand der Intellektuellen Selbstbewußtsein und Ansehen wiederzugeben bemüht war.

Gleichzeitig wurden durch Presseberichte alle diejenigen "Veteranen" der Roten Garden (12) rehabilitiert, die während der Kulturrevolution in der zunehmenden Radikalisierung zur Seite geschoben worden waren, weil sie ihrer Herkunft nach mit angegriffenen und angeschlagenen Kadern verwandtschaftlich verbunden waren. "Viele Söhne und Töchter von Kadern wurden fälschlich verfolgt", so heißt es in einem anklagenden Artikel eines ehemaligen Roten Garden im Pekinger Rundfunk. Chou En-lai habe sich vor allem eingesetzt, diesen Jugendlichen zu helfen, er habe z.B. auch ihn selbst, den ehemaligen Roten Garden, vor einer Kritikversammlung von 10 000 Personen gerettet: "Die nächste Generation wird niemals das gleiche Schicksal erleiden wie wir, was für eine glückliche Situation!"

Neben dem Gegenschlag gegen prominente und weniger prominente Rote Garden bzw. Rote-Garden-Führer wird in den Provinzen Jagd auf die früheren "Unruhestifter" gemacht. Diejenigen, die "ernste Verbrechen begangen" hätten, sollen, wie die Kirin-Tageszeitung über die Situation in der Provinz festhält, genauestens überprüft und entsprechend bestraft werden. Diese Leute hätten die gesamte Bevölkerung in Furcht und Schrecken versetzt und seien für viele blutige Zwischenfälle verantwortlich. Sie könnten sich nun nicht hinter der generellen Direktive der Führung verstecken, es dürften "jetzt

keine alten Rechnungen beglichen werden". Leute, die sich solchen Unruhestiftern nur angeschlossen hätten, dabei aber ernsthafte Irrtümer begingen, wie "Verprügeln, Zerschlagen und Beute machen", sollten ihre Fehler bekennen. Gegen sie seien außer ideologischer Umerziehung keine Maßnahmen zu ergreifen, wenn sie ein volles Geständnis abgelegt hätten. Dadurch könne die Mehrheit vereint werden und "Fraktionismus" vermieden werden. Aufschlußreich ist die in der Argumentation der Lokalzeitung abgelehnte Gegenargumentation von Leuten, die es nicht wagten, gegen solche Unruhestifter vorzugehen. Deren Argument: Das käme doch einer Negation der großen Kulturrevolution gleich. In der Tat müssen ja die Rehabilitierungen und die Maßnahmen gegen Aktivisten der damaligen Zeit vom unbefangenen Beobachter als Aburteilung der Kulturrevolution eingestuft werden, was aber wieder bei der auf Kontinuität achtenden verbalen Linie der heutigen Führung nicht zugegeben werden kann. Deshalb die rhetorische Frage in dem Lokalblatt: "Wie kann das Herausfischen der Unruhestifter eine Negation der Großen Proletarischen Kulturrevolution genannt werden?" (13)

Dazu werden auch weiter höhergestellte Verantwortliche aus den Jahren des Machtkampfes verfolgt, die Organe der Öffentlichen kommandierten, so z.B. ein solcher Führungskader in Kiangsi (14). Dieser Kader habe seinerzeit mit seinen Sicherheitskräften das Parteikomitee des Militärdistrikts zerschlagen, die nationale Verteidigungsindustrie soweit sabotiert, daß 1974 1,2 Mill. Arbeitsstunden in einer Waffenfabrik ausfielen und es einen Verlust von 5 Mill. RMB gegeben habe. Dieser Kader war auch für die Reorganisation des Hauptquartiers der Miliz in Nanchang verantwortlich, die seinerzeit für die linke Fraktion mobilisiert werden sollte. Solche prominenten Figuren und ihre Anhänger, die "Sabotage betrieben, korrupt waren, stahlen und spekulierten, die schlugen, zertrümmerten und Beute machten, alle diese aktiven Konterrevolutionäre und andere Kriminelle" sollen, so der Provinzrundfunk Kiangsi, ihrer gerechten Strafe zugeführt werden.

Die theoretischen Argumente angesichts dieser späten Wiedergutmachung für die Rehabilitierten lieferte das Parteiorgan Rote Fahne (15) in einem Artikel gegen "Anarchismus" nach. Der Artikel erschöpfte sich allerdings in der üblichen Polemik gegen die "Viererbande", ihr anarchistisches Denken, gegen ihren Versuch, "die Parteikomitees zur Seite zu stoßen und Revolution zu machen", gegen deren Praktiken, Sitzungen von Parteikomitees zu stürmen und Dokumente, die gerade von Parteikomitees verabschiedet waren, als "Lehrmaterial des negativen Beispiels" zu attackieren sowie gegen deren Parolen vom "Widerstand gegen fehlerhafte Führung". Das gültige Verdikt heute: "Auf den ersten Blick erschienen die linken, schrillen und radikalen Worte des Anarchismus als noch revolutionärer als der Marxismus; doch sie waren äußerst trügerisch und demagogisch".

Probleme aus den Rehabilitierungen und Gegenverfolgungen

Es gibt eine gewisse Unsicherheit, wieweit die Gegenverfolgungen zu treiben sind. Einerseits versuchte die Führung, Personen zu finden, die sich nicht durch Zusammenarbeit mit den Linken kompromittiert hatten und deshalb zu Beschönigungen neigen würden. Die Kirin-Zeitung stellte fest: "Der Schlüssel zu dem ganzen Problem liegt darin, wer für Fragen der Organisation, Personalangelegenheiten und die Arbeit der Überprüfung und Neubeurteilung der Kader zuständig ist" (16). Die gleiche Zeitung verlangte deshalb für die Nord-Provinz, daß alle Einheiten einen führenden Genossen des Parteikomitees, der "über Prestige verfügt", für diese Arbeit abstellten, dem eine Führungsgruppe aus Kadern der Abteilungen für Organisation, Propaganda, Personalwesen und Arbeit zur Seite zu stehen hätte. Man solle sich mit weiteren kurzzeitlich abgestellten Kadern ein Büro einrichten, um die tägliche Überprüfungsarbeit leisten zu können.

Einerseits fordert, um weiter beim Beispiel Kirin zu bleiben, die Führung dazu auf, die "Unruhestifter", die extrem grausame Mittel verwendet hätten, für ungerechtfertigte Verurteilungen, Pseudoanklagen und blutige Zwischenfälle auf jeden Fall zur Rechenschaft zu ziehen. Man dürfe hier überhaupt keine Zurückhaltung üben: "Warum seid ihr so weichherzig und zögernd in der Aktion und warum wendet ihr euch wie blind ab von solchen üblen Personen?" Zeitung kritisiert weiter, daß solche Personen in einigen Einheiten, obwohl man sich voll über ihr früheres Handeln im klaren gewesen sei, sogar noch in der letzten Zeit zu höheren Positionen mit höheren Gehältern weiterbefördert worden seien, das könne doch wohl nur mit finsteren Hintergedanken geschehen sein. Einmal seien die "Übeltäter" sehr geschickt im Verwischen der Spuren. Sie paßten sich sehr gut und opportunistisch an die Situation an. Meist aber hätten sie sich sehr geschickt als Zuarbeiter der Gruppe der neuen Führer zur Verfügung gestellt, um auf diese Weise von denen vor ihrer verdienten Strafe geschützt zu werden.

Andererseits, und das ist wohl für die Beurteilung der Lage von größerem Ausschlag, ging die Grundtendenz dahin, bei der Gegenverfolgung die Entwicklung nicht zahlenmäßig ausarten zu lassen. Der Artikel eines "Kommentators" der Kirin-Tageszeitung vom 25. Mai hielt fest, einige Leute fänden es schwierig, "ungerechtfertigte Verurteilungen" von Intellektuellen und Kadern, die in der Kulturrevolution zu leiden hatten, umzukehren. Sie wüßten nicht, wie das im einzelnen zu tun sei, wie die Angehörigen von Opfern zu entschädigen seien, wie sie mit den Hauptkriminellen und Mördern zu verfahren hätten. Der Lösungsvorschlag des Kommentators: "Wenn die Angehörigen der Opfer verlangen, daß die Hauptkriminellen und Mörder nach den Gesetzen zu bestrafen seien, dann sollten wir einige von ihnen bestrafen, die die Empörung des Volkes hervorgerufen haben, aber nicht alle von ihnen. Das muß man tun, falls wir nämlich alle von ihnen nach dem Gesetz und den generellen Regeln bestrafen wollten, dann würden zu viele Leute involviert werden. Da diese Fälle ihren eigenen speziellen historischen Hintergrund haben, wäre es nicht gut, das Ziel der Attacke zu sehr zu verbreitern. Wir können versuchen, von den Schlüsselfällen auszugehen und dann auf andere, geringfügigere übergehen, aber wir dürfen nicht in eine Auseinandersetzung im breitesten Rahmen eintreten."

Auch die potentiellen Probleme mit den Rehabilitierten wurden teilweise recht deutlich angesprochen. In einer Diskussionsversammlung über die Frage der Intellektuellen-Politik vor dem regionalen Parteikomitee Sinkiang sagte der Erste Sekretär der Region Wang Feng (17), allein in den paramilitärischen "Produktions- und Aufbaukorps" des Autonomen

Gebietes (Provinzrang) seien seinerzeit über 2000 Intellektuelle ausgesäubert, weiter über 3000 aus ihren Ämtern entfernt und auf nachgeordnete Posten umgesetzt worden. Forschungsinstitute wurden teilweise völlig aufgelöst. Es solle in der Autonomen Region eine generelle Untersuchung darüber angestellt werden, ob die Intellektuellen ihrer Ausbildung qemäß beschäftigt seien oder nicht. Da eine sehr große Zahl auf völlig ungeeignete Posten abgeschoben worden sei, werde in der Provinz eine Wiedergutmachung in großem Ausmaß durchgeführt werden. Die "professionellen Intellektuellen" sollten ihre Titel wiederhaben oder neue Titel erhalten. Mit plötzlich erwachtem Statusbewußtsein heißt es, an Arbeitsstellen, wo es solche Titel noch nicht gebe, werde man sie neu verleihen. Die Intellektuellen sollten auch die Möglichkeit erhalten, in die Partei einzutreten, wobei nicht zu strenge Maßstäbe anzulegen seien; wer davon überzeugt sei, daß Gold hundertprozentig rein und die Menschen ohne Fehl und Tadel sein müßten, der denke falsch. Allerdings dürfe die Schicht der Intellektuellen sich nach all diesem Wandel zum Guten nun nicht als "privilegierte Klasse" betrachten, was Vergünstigungen und Lebensbedingungen angehe; "Egalitarismus" aber wiederum sei in dieser Beziehung ebenfalls falsches Denken.

Aufschlußreich sind die bei der Überprüfung der Personalakten auftretenden Probleme: "Wir sollten die Überprüfungsarbeiten beschleunigen und korrekte Schlußfolgerungen hinsichtlich der Intellektuellen ziehen, die während der Großen Kulturrevolution 'überprüft' wurden. Wir sollten ebenso angemessene Positionen für sie finden. Alle diese Neueinschätzungen sollten so schnell wie möglich abgeschlossen werden, aber sie sind null und nichtig, wenn sie nicht demjenigen gezeigt werden und von ihm unterzeichnet werden, der selbst betroffen ist ... Wenn eine Person nicht mit der Neueinschätzung, die man in seinem Fall getroffen hat, einverstanden ist, kann er diesen Fall höheren Instanzen präsentieren. falschen Beschuldigungen und üble Nachrede, die gegen die Intellektuellen unter Lin Piao und der Viererbande vorgebracht worden sind, abgestellt werden. Die Dossiers von denen, die seinerzeit 'überprüft' wurden, müssen herausgesucht und kontrolliert werden; alle irrelevanten und unangemessenen Materialien haben aus ihren Dossiers entfernt und von den entsprechenden Abteilungen vernichtet zu werden ... Alle Genossen, die verfolgt wurden und gegen die man Schläge austeilte, sollen rehabilitiert werden und an ihre eigentliche Arbeit zurückkehren. Selbst die Toten sollen von falschen Beschuldigungen gereinigt und rehabilitiert werden. Es ist notwendig, die Intellektuellen, die von Lin Piao und der Viererbande in alle Winde verstreut wurden, zu sammeln und ihnen entsprechende Posten zu geben." Das sei die praktischste Lösung, um alle Kräfte der Intellektuellen auf die jetzigen Aufbauaufgaben zu richten.

Solche Maßnahmen, die wohl ein hohes Maß an Gerechtigkeit garantieren, werden auch mit Appellen an die Rehabilitierten selbst gekoppelt. So hieß es in der Provinz Kirin(18), eine Zahl von früheren Kadern, die in den verschiedensten lokalen Einheiten "herumwanderten", sei nun auf ihre früheren Posten "ihre revolutionäre zurückgekehrt und hätte Jugendlichkeit wiedergewonnen". Einige dieser Genossen aber seien bereits sehr alt; sie sollten tatsächlich darüber nachdenken, wie sie den Rest ihres Lebens verbringen wollten und wie sie zu arbeiten gedächten. Sie könnten sich jetzt in Positur

werfen, könnten nur daran denken, ihre offizielle Stellung abzusichern, oder aber sie könnten sich mit allen Kräften in den verbleibenden Lebensjahren für den jetzigen Kampf einsetzen. Gewünscht werde, daß sie nicht zauderten und Ausflüchte machten, sich undeutlich ausdrückten, oder Umwege und Schwierigkeiten machten. Man dürfe nicht wie früher "Akten und Dokumente ohne Kommentar weitergeben" und im Amt herumsitzen, es sei nicht erlaubt, solche Fehler erneut zu begehen:

"Nachdem Du auf Deinem Posten wiedereingesetzt bist, wenn Du da im ersten Jahr nicht die Arbeit voranbringen kannst, für die Du verantwortlich zeichnest, und wenn Du keine Fortschritte im Lernen von Tachai und Taching (im Bereich von Landwirtschaft und Industrie) machen kannst, wenn Du nicht vorstoßen kannst und im zweiten Jahr keine großen Fortschritte in Deiner Arbeit erreichst, wenn Du die Getreideernte nicht steigern kannst, was für einen Sinn hätte es dann, an Deinem Posten noch ein drittes Jahr zu kleben? Hast Du die Stirn, noch weiter an Deinem Posten festzuhalten? Nachdem Du über all diese Dinge nachgedacht hast, wie könntest Du da nachts schlafen? Wie könntest Du da die begrenzte noch zur Verfügung stehende Zeit Deines Lebens noch länger vergeuden?" Hier wird also darauf gedrängt, daß eine Reihe älterer Kader nach ihrer Rehabilitierung und einer Anstandsfrist im Amt in den Ruhestand tritt.

Eine Einschätzung dieser Vorgänge:

Wenn man in einem ersten Urteil über die atemberaubenden Maßnahmen und Rehabilitierungen, die mehrere hunderttausend Personen betreffen, Stellung nehmen will, so muß man diese "Umwertung aller Werte" als eine längst fällige Politik bezeichnen, die mit Sicherheit die Bevölkerung loyal hinter die neue Regierung und ihre Ziele bringt. Wenn man so will, ist dies Chinas größter und schmerzlichster Beitrag zur Diskussion um die Verwirklichung der Menschenrechte. Es handelt sich aber nicht nur um eine Wiedergutmachung vergangenen Unrechts, man will daneben mit Nachdruck alle evtl. noch brachliegenden Kräfte für Chinas wirtschaftlich-technologischen Fortschritt mobilisieren. Die neue Führung hat damit alle Grundlagen für das Aufkommen einer zusehends selbstbewußteren neuen Klasse von Wissenschaftlern und Technokraten gelegt, die neben den Politikern in Zukunft in die Entscheidungsprozesse eingreifen

Zu der gesamten Rehabilitierungswelle scheinen zwei Schlußfolgerungen angemessen. Einmal kann der politische Analytiker nicht umhin, auf die Gefahren und die ideologische Unruhe hinzuweisen, die sich durch die Halbheit der Maßnahmen weiterzeugt.

Chinas Kurswechsel seit 1976 in der Praxis, überlagert von Lippenbekenntnissen verbaler Kontinuität, hat die innere Unruhe, besonders unter der Gruppe von Jugendlichen und jüngeren Kadern, geschürt, die im allgemeinsten Sinne auf die radikalere politische Ausrichtung im maoistischen Sinne gesetzt hatten und sich damit identifizierten. Die jetzt auch im Ausland bekanntwerdende politische Protestliteratur gegen die neue Führung um Hua Kuofeng, die ihr vorwirft, das Land dem Revisionismus entgegenzuführen(19), hat hier ihren Ursprung. Der innere Widerstand einer Jugend, die an anderen Idealen erzogen worden ist, kann sicherlich erst viel langfristiger abgebaut werden; mit einer zweijährigen

Kampagne ist hier kein durchschlagender Erfolg zu erzielen.

Rein terminologisch macht sich das Schwanken im Bemühen der Führung um Wiedergutmachung und neue Rechtssicherheit (20) bemerkbar. Einmal werden die Opfer der Kampagnen der Hundert Blumen, der Kulturrevolution und der Kampagnenkette der frühen siebziger Jahre "rehabilitiert" (p'ing-fan). Im gleichen Atemzug gewährt man ihnen eine "Generalamnestie" (ta-she). Wenn man aber rehabilitiert, waren doch die Urteile der vergangenen Kampagnen und damit die Kampagnen selbst unrechtens und die Rehabilitierten im Recht; wenn man amnestiert, waren die Kampagnen rechtens und ihre Opfer wurden jetzt nur aus Großmut den Folgen ihrer Verurteilung entzogen. Was gilt, fragen sich nicht nur die Betroffenen aus beiden Lagern.

Die großen Kampagnen, wie die Hundert Blumen, der Große Sprung oder vor allem die Kulturrevolution können demnach logischerweise kaum als unantastbare hauchdünne Verbalfassaden stehenbleiben, wenn die damals hauptsächlich Handelnden abgeurteilt und ihre früheren Gegner und Opfer in solchem Umfang rehabilitiert werden. Würden in kommenden Jahren schließlich, so läßt sich vorherdenken, auch diese dünnen Wände brechen, so würde sich im übrigen die amtliche Einschätzung der Entwicklung in China durch die heutige Führung in hohem Maße an das Urteil liberaler Kritiker der Mainstream-Sinologie annähern, die eine Fehlentwicklung in China etwa ab dem Jahre 1957 diagnostiziert haben, welche vor allem darauf zurückzuführen war, daß Mao Tse-tung an seinem immer anachronistischeren Konzept der Massenmobilisierung mit Hilfe von Kampagnen auch für die Periode der Industrialisierung und technischwirtschaftlichen Modernisierung festhielt.

Die zweite Schlußfolgerung müßte bemüht sein, aus der Perspektive der Regierenden in China zu sehen und sich an den Zielsetzungen orientieren, auf die man zusteuert. Aus solcher Perspektive ist die faktische Wiedergutmachung und Neuorientierung in der Praxis bereits so weitgehend wie nur irgendmöglich vorangetrieben worden, ohne erneut tiefe Risse zu riskieren, die das politische Leben lähmen könnten. selbst verbietende Alternative sich konsequenten und rückhaltlosen Verurteilung des vergangenen Unrechts würde nur die Spaltung verewigen und Abertausende Belasteter in die gerade geräumten Arbeitslager einziehen lassen. verbale Kontinuität mit den Zielen der Kulturrevolution, mit Maos Kampagnen und mit Mao selbst aufrechtzuerhalten, dürfte aus Gründen der Staatsräson unumgänglich sein, wenn man auf dem Hintergrund etwa des Machtwechsels nach Stalins Tod argumentiert. Die ideologische Umwertung dieser Jahre hatte schließlich eine nachhaltige Destabilisierung der sowjetischen Führung innerhalb der UdSSR und auch ihrer Kontrolle über Osteuropa gebracht, die zu den Aufständen in Ungarn und Polen führte.

Anmerkungen:

- 1) TKP 19.5.78, dazu Tanjug, engl. vom 14.5.78 nach SWB, 18.5.78 und Kyodo, engl. vom 17.5.78 nach SWB, 19.5.78
- 2) KMJP, 17.5.78
- 3) TKP, 4.6.78
- NCNA, 29.5.78 und JMJP, 29.5.78